

# Deutschland hat Zukunft – Bilanz ein Jahr Große Koalition

---

**Mittwoch, 27.02.2019 um 09:00 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Ein Jahr Große Koalition: Bilanz aus Sicht der bayerischen Wirtschaft

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Redezeit: 15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Bause,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter Burkert,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter Föst,  
lieber Daniel,  
  
sehr geehrter Herr Abgeordneter Stracke,  
lieber Stephan,  
  
meine Damen und Herren,  
  
herzlich willkommen im Haus der Bayerischen  
Wirtschaft!

Thema

Seit fast einem Jahr ist die Große Koalition im  
Amt.

Der Film hat wichtige Ereignisse in dieser Zeit  
Revue passieren lassen.

Mit dieser Veranstaltung – vor allem mit der  
Diskussion im Anschluss – wollen wir eine  
**Bewertung** der Arbeit in dem zurückliegenden  
Jahr vornehmen.

Ich sage gleich vorweg:

Die vbw kann der schwarz-roten  
Bundesregierung kein gutes Zeugnis ausstellen.

Dieses Urteil ist wenig überraschend.

Schließlich haben wir vor einem Jahr bereits den  
Koalitionsvertrag ausgewertet und kritisiert.

Es wäre ja verwunderlich, wenn unsere heutige  
Bewertung sehr viel besser ausfiele, als unsere  
damalige Einschätzung.

Eher das Gegenteil ist der Fall, denn die  
Regierung hat sich im ersten Jahr vor allem auf  
diejenigen Punkte des Vertrags konzentriert, die  
wir kritisch sehen.

Die Sozialausgaben wurden ausgeweitet und die  
Flexibilität beim Arbeitseinsatz eingeschränkt.

Auf der anderen Seite wurde Unternehmen und  
Bürgern gesagt, dass kein Geld für Entlastungen  
vorhanden ist.

Trotzdem hat die Bundesregierung für die Wirtschaft auch in einigen Bereichen Positives erreicht.

Auch darüber darf und soll heute geredet werden!

Außerdem haben wir nicht vergessen, dass Union und SPD mit der Neuauflage der GroKo Verantwortung übernommen haben, die andere nicht wollten!

#### Arbeit und Soziales

Die GroKo hat im ersten Jahr einen klaren Schwerpunkt im Bereich Arbeit und Soziales gesetzt.

Das allein ist nicht das Problem. Schließlich gäbe es hier einiges zu tun.

Wir müssen etwa dringend die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Die Demografie schlägt zu!

Und wir müssen dringend den rechtlichen Rahmen für den Arbeitseinsatz flexibilisieren, insbesondere das Arbeitszeitrecht.

Die GroKo hat aber genau das Gegenteil gemacht:

Sie treibt trotz heute schon absehbarer finanzieller Probleme die Sozialausgaben immer weiter nach oben, zum Beispiel mit

- dem Rentenpaket,
- der Grundrente,
- dem Pflegepersonalstärkungsgesetz,
- der Erhöhung der Pflegebeitragsätze
- oder dem geplanten GKV-Terminservice- und Versorgungsgesetz.
- Auch wurden die Unternehmen durch die Anhebung des Arbeitgeberbeitragsatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung zusätzlich belastet.

Gleichzeitig beschneidet die Bundesregierung die Flexibilität beim Arbeitseinsatz, etwa durch

- die Brückenteilzeit sowie
- die geplante Beschränkung der sachgrundlosen Befristung.

Auch die Pläne für ein generelles Recht auf Homeoffice gehen an den Flexibilitäts-Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei.

Es muss der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit überlassen bleiben, wo der Arbeitseinsatz der Mitarbeiter erfolgt.

Positiv ist allerdings die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte zu werten, die damit sogar stärker ausfiel als im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Wir haben uns stark dafür eingesetzt!

Das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, den Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung

unter 40 Prozent zu halten, wird vorerst noch erreicht. Für die breite Masse liegt er aktuell bei 39,75 Prozent.

Allerdings:

- Für Kinderlose über 23 Jahre liegt er aufgrund des Zusatzbeitragssatzes in der Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozent heute bereits auf der 40-Prozent-Marke – und nicht darunter.
- Zudem steht jetzt schon fest, dass durch die im Rentenpaket vorgesehenen Leistungsausweitungen die 40-Prozent-Marke im Laufe der nächsten Jahre gerissen wird.

Positiv zu werten im Bereich „Arbeit und Soziales“ ist allerdings der Gesetzesentwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Er enthält wesentliche Verbesserungen für die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten.

Das ist ein wichtiger Baustein zur Deckung des Fachkräftebedarfs.

Trotzdem: Unser Urteil zur Politik der GroKo im Bereich „Arbeit und Soziales“ fällt negativ aus.

Und wenn man sieht, welche weiteren Pläne die SPD mit ihren Sozialstaatsreformen in Zukunft verfolgen will – Stichwort Rückabwicklung Hartz-IV –, dann stimmt uns das für die weitere Regierungsarbeit nicht optimistisch.

#### Steuern

Jetzt zur Steuerpolitik.

Das Beste, was es hier zu sagen gibt, ist, dass es tatsächlich keine Steuererhöhungen gegeben hat!

Das reicht aber nicht.

Bürger und Unternehmen brauchen darüber hinaus Entlastungen.



Die Bürger werden über die kalte Progression seit vielen Jahren schleichend immer stärker zur Kasse gebeten.

Die Unternehmen sehen sich zunehmend im Nachteil gegenüber Ländern wie USA, Großbritannien und Frankreich, die ihre Unternehmen steuerlich entlasten. Die letzte große Unternehmenssteuerreform liegt mehr als zehn Jahre zurück.

Doch es tut sich nahezu nichts.

In der Steuerpolitik fehlen unter anderem

- der Grundkonsens zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages,
- eine stärkere Eindämmung der kalten Progression,
- die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung,
- eine Begrenzung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent sowie

- ein passender gesetzlicher Rahmen für die Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer.

Gleichzeitig ist aus unserer Sicht nicht einzusehen, warum sich der Finanzminister so schwer tut mit einer aufkommensneutralen und unbürokratischen Reform der Grundsteuer. Das Flächenmodell liegt hier auf der Hand!

Insgesamt gilt bei der Steuerpolitik: Das Ringen um Reformen bleibt zäh, die Fortschritte der GroKo sind sehr klein.

#### Energiepolitik

Besonders kritisch bewerten wir die Energiepolitik der Großen Koalition.

Die Energiewende läuft alles andere als zufriedenstellend. Vor allem die Entwicklung des Strompreises ist problematisch, das EEG muss dringend reformiert werden.

Aber auch die Versorgungssicherheit ist nicht zwingend langfristig gewährleistet.

Unser Energiewende-Monitoring, das wir jedes Jahr vorlegen, zeigt:

Der Handlungsbedarf ist riesig!

Doch es passiert fast nichts.

Zwar wurde Mitte Dezember das Energiesammelgesetz verabschiedet – viel später als geplant. Es bringt zwar ein paar Verbesserungen wie die Entlastung hocheffizienter neuerer KWK-Anlagen. Doch es gibt keine grundlegende Änderung an der verfehlten Architektur des EEG.

Und gerade in einer Zeit, in der Deutschland mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu kämpfen hat, kommen jetzt noch die Vorschläge der „Kohlekommission“ zum vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung hinzu.

Es ist aus unserer Sicht falsch, den Ausstieg aus der Kohle zeitlich so nah an den Ausstieg aus der Kernenergie zu koppeln.

Fest steht: Bevor die GroKo den Kohleausstieg beschließt, muss ganz klar festlegen, wie sie die negativen Effekte daraus – etwa auf Versorgungssicherheit und Preise – gewährleisten will.

#### Fortschritte

Positiv sehen wir hingegen die innovationsfreundliche Haltung der Großen Koalition.

Das gilt für

- die Bereiche autonomes Fahren und Mobilitätsplattformen ebenso wie
- für den Sektor Künstliche Intelligenz, für den zusätzliche Mittel eingesetzt werden sollen.
- Zudem ist es mit Blick auf die digitale Transformation erfreulich, dass sich die

GroKo hier bislang mit einer übermäßigen Regulierung zurückhält.

Zu begrüßen ist auch die Haltung der GroKo zur Luftreinhaltung. Die jetzt geplante wissenschaftliche Überprüfung der Grenzwerte wird dazu beitragen, die emotional aufgeladene Diesel-Debatte zu versachlichen.

Auch den Aufschlag des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier für eine „Nationale Industriestrategie 2030“ begrüßen wir grundsätzlich.

In einem globalen Umfeld, in dem andere Länder immer aggressiver ihre eigenen Industrien staatlich pushen, sollten auch wir unsere Industrie den Rücken stärken.

Herr Altmaier trifft hier einen wichtigen Punkt – auch wenn es hier noch einige inhaltliche und ordnungspolitische Fragen zu klären gibt.

Eine ordentliche Figur macht die GroKo in unseren Augen schließlich im Bereich der internationalen Wirtschaftspolitik.

Die bayerische Wirtschaft hat ein hohes Interesse an einer starken EU.

Stark wird die EU aber nur dann sein, wenn jedes Land für seine Schulden und seine wirtschaftliche Stärke selbstverantwortlich ist.

Sonst verlässt sich jeder auf den anderen!

Es war deshalb richtig, dass unsere Kanzlerin auf die EU-Vergemeinschaftungsoffensive des französischen Präsidenten mit Zurückhaltung reagiert hat.

Zugleich hat die Bundesregierung bei den internationalen Handelskonflikten – etwa mit den USA – eine richtige, mäßigende Linie verfolgt.

Schluss

Meine Damen und Herren,

die Große Koalition ist ein Jahr im Amt.

In einigen Bereichen leistet sie ordentliche Arbeit. In der Summe aber fällt ihr Zwischenzeugnis aber nicht gut aus.

Die immer noch gute Konjunktur „verzeiht“ das bislang noch.

Aber: Die Konjunktur kühlt ab, das weltwirtschaftliche Umfeld wird immer ungemütlicher.

In ihrem zweiten Jahr muss die GroKo deshalb viel entschiedener für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit eintreten

Ich freue mich jetzt auf eine intensive Diskussion.

Vielen Dank!